

Protest gegen Kriegspropaganda erfolgreich

Bundeswehr darf (voraussichtlich) nicht mehr bei Berufsbildungsmesse mitmachen

Von Joachim Schramm

Im September letzten Jahres demonstrierten Friedensaktivisten vor dem Bochumer Ruhrcongress gegen die Anwesenheit der Bundeswehr auf der Berufsbildungsmesse „Mittleres Ruhrgebiet“. In diesem Jahr kann der Protest vielleicht ausfallen bzw. sich einem neuen Ziel zuwenden. Was ist geschehen?

Die Berufsbildungsmesse „Mittleres Ruhrgebiet“ ist eine der größten jährlich stattfindenden Messen, auf denen sich Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände SchülerInnen präsentieren, Angebote für Ausbildungsstellen und Jobs vorstellen. Rund 10.000 SchülerInnen ab dem 8. Schuljahr kommen an den zwei Messetagen nach Bochum. Veranstalter ist das Jugendamt Bochum, mitgetragen wird die Messe von den Nachbarstädten Herne, Hattingen und Witten. Bisher war in jedem Jahr auch die Bundeswehr mit einem großen Stand vertreten, begleitet von Protesten der örtlichen Friedensbewegung, dabei auch Mitglieder der DFG-VK-Gruppe Bochum-Herne.

Im letzten Jahr wurden diese Proteste unterstützt vom Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“, in dem auch der DFG-VK-Landesverband mitarbeitet. An beiden Tagen standen wir mit einem Infostand vor der Messehalle, immer wieder gab es drinnen Aktionen vor dem Bundeswehrstand. Der übereifrige private Wachdienst der Messe beförderte zwei Mitglieder der BezirksschülerInnenvertretung unsanft aus der Halle, was zu kritischen Schlagzeilen in der Lokalpresse führte.

In diesem Februar beschäftigte sich der Jugendhilfeausschuss der Stadt Herne, einer der Ausrichter der Berufsbildungsmesse, mit dem Thema Bundeswehr-Werbung. Anlass war zunächst die Werbeaktion der Bundeswehr zusammen mit der Jugendzeitschrift „Bravo“ im letzten Herbst, bei dem Jugendliche an „Adventurecamps“ der Armee teilnehmen konnten. Einstimmig verabschiedete der Jugendhilfeausschuss eine Resolution, mit der das Bundesverteidigungsministerium und „Bravo“ aufgefordert werden, künftig keine militärische Werbung mehr an Orten zu machen, die hauptsächlich von Minderjährigen wahrgenommen werden. Einige Wochen später wandte sich dann die Leiterin des Jugendamtes Herne an ihren Kollegen in Bochum und

ließ ihn wissen, dass die Stadt Herne vor dem Hintergrund dieser Resolution nun nicht Mitveranstalter einer Messe sein könne, bei der die Bundeswehr Werbung unter Minderjährigen machen würde. Daraufhin lud die Stadt Bochum die Bundeswehr aus!

Die beharrlichen Proteste der Friedensbewegung in Bochum, aber auch die Tatsache, dass auch der Ostermarsch im vergangenen Jahr in Herne das Thema Bundeswehrwerbung zum Thema hatte, haben offenbar Wirkung erzielt. Doch ausgestanden ist die Angelegenheit noch nicht. Empört gingen Militärbefürworter in Politik und Gesellschaft auf die Barrikaden. Die CDU brachte in den Bochumer Stadtrat einen Dringlichkeitsantrag ein, die Entscheidung zu revidieren und „der Bundeswehr als eine im Grundgesetz verankerte Institution die Gelegenheit zu geben, sich mit ihren Ausbildungsangeboten zu präsentieren.“ Auf Antrag der SPD wurde dieser an die Oberbürgermeisterin verwiesen. Parallel kündigte der regionale Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) an, aus Protest gegen die Ausladung der Bundeswehr nicht an der Messe teilzunehmen. Ende August stärkten nun die GEW, terre des hommes und Friedensgruppen in einem offenen Brief der Bochumer Bürgermeisterin den Rücken: „Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, das Wohl der Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt ist die Aufgabe des Jugendamtes und die Richtschnur seiner Arbeit. Die Unterzeichnenden begrüßen es deshalb, dass das Jugendamt in diesem Jahr die Bundeswehr nicht mehr zur Berufsbildungsmesse eingeladen hat. Das Bochumer Friedensplenum, terre des hommes, Friedensorganisationen der Kirchen und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft treten seit Jahren dafür ein, Kinder und Jugendliche gegen Rekrutierungskampagnen der Bundeswehr in Schulen und anderswo zu schützen. *Kein Werben fürs Sterben* ist unsere

Forderung für Jugendschutz.“ Auch in den beteiligten Nachbarstädten wurden GEW und Friedensgruppen aktiv, um ihre Bürgermeister zur Unterstützung der Bundeswehr-Ausladung zu motivieren. In Witten unterstützte das Schreiben neben der örtlichen GEW auch die DFG-VK-Gruppe Witten-Hagen.

Noch ist unklar, wie diese Debatte ausgeht. Wird die Stadt Bochum das Rückgrat haben, ihren Beschluss durchzusetzen? Oder setzen sich die durch, die der Bundeswehr überall Tür und Tor öffnen wollen, um schon Minderjährigen den Kriegseinsatz schmackhaft zu machen? Was aber deutlich geworden ist, das ist die Möglichkeit, über kommunale Einrichtungen der Bundeswehr Grenzen zu setzen. Gerade die Jobbörsen und Berufsbildungsmessen wenden sich oft bereits an minderjährige SchülerInnen. Oft ist die Stadt Mitveranstalter oder Träger der Veranstaltungshalle. Hier Jugendamt oder Jugendhilfeausschuss anzusprechen oder auf Parteienvertreter zuzugehen, ist ein Erfolg versprechendes Mittel, die Diskussion über Bundeswehr-Werbung auf die lokale Ebene zu holen. Materialien wie das Fact-Sheet „Bundeswehr und Schulen“ von DFG-VK und IMI, die Zeitung von GEW und terre des hommes zum Thema (www.gew.de/Binaries/Binary81070/DieZeitung_Bundeswehr.pdf) und andere, die z.B. über die Internetseite www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de abzurufen sind, können hier bei der Argumentation helfen.

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen.



Foto: Joachim Schramm